

IDDIEN
FIR EIS
GEMENG

**KOMMUNAL
PROGRAMM
2017**

Ein Leitfaden zur
Ausarbeitung der kommunalen
CSV-Wahlprogramme



KLOER, NO & GERECHT.

EIS GEMENGEN AM MËTTELPUNKT



Mit dem vorliegenden Rahmenprogramm ist ein wichtiger Teil der Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen bewältigt. Das vorliegende Dokument dient als Leitfaden und als Kompass für den Entwurf der CSV-Wahlprogramme in den einzelnen Gemeinden.

Wesentliche Herausforderungen, die sich in den Gemeinden stellen, werden erörtert: Die Information und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, das Miteinander der Generationen, Sicherheit und Hilfe im Notfall, Integration, Soziales, die Förderung von Kultur, Sport und Ehrenamt, die Unterstützung der lokalen Wirtschaft.

Das Rahmenprogramm zeigt, dass sich die CSV auch in den Gemeinden nicht damit begnügt Einzelinteressen aneinanderzureihen, sondern sich konsequent am Gemeinwohl orientiert. Soziale, ökologische und finanzielle Nachhaltigkeit und das faire Miteinander stehen im Mittelpunkt.

Das Autorenteam der CSG ist für eine gelungene und sachorientierte Arbeit zu beglückwünschen. Das Rahmenprogramm wird unseren Sektionen eine wertvolle Hilfe sein, um ihr gemeinsames Projekt für die Zukunft ihrer Gemeinde zu entwerfen.

MARC SPAUTZ

Parteipräsident

KLARE RICHTLINIEN FÜR EINE SOLIDE UND ZUKUNFTSORIENTIERTE GEMEINDEPOLITIK



Am 8. Oktober 2017 ist es wieder soweit, unsere CSV-Kandidaten stellen sich in ihren Gemeinden den Bürgern zur Wahl.

Die Gemeinden sind ein überaus wichtiges Standbein unseres Staates, denn die Entscheidungen unserer Kommunalpolitiker wirken unmittelbar in das tagtägliche Geschehen eines jeden Bürgers und seiner Familie ein.

Wir brauchen starke Gemeinden und demnach auch eine starke CSV-Politik auf Gemeindeebene.

Die CSV-Gemeindepolitik unterstützt das Familienleben, sie plant mit Weitsicht eine Siedlungs-, Bebau-

ungs- und Mobilitätspolitik und sie sichert eine lebenswerte Umwelt für unsere Kinder ab.

Diese Aufgaben können nur in gemeinsamer Zusammenarbeit mit den Bürgern verwirklicht werden.

Das vorliegende Rahmenprogramm ist eine praktische Hilfe, um in den einzelnen Sektionen ein kohärentes Wahlprogramm zu erstellen und einzelne Punkte die ein Wahlprogramm ausmachen hervorzuheben.

Das Erstellen eines Wahlprogramms ist natürlich für jede Gemeinde verschieden, so zum Beispiel ist seine Aufstellung eine andere aus dem Blickfeld der Opposition heraus wie aus dem Blickfeld der Majorität.

Nichtdestotrotz müssen die wichtigen Themen, welche unser Rahmenprogramm beinhaltet, neben den lokalen und spezifischen Herausforderungen und Streitpunkten, in die einzelnen Wahlprogramme einfließen.

Mein Dank geht an dieser Stelle an das CSG-Redaktionskomitee, welches dieses Rahmenprogramm mit mir erstellt hat das heißt an Jacques Hoffmann, Jean Boden, Fränk Steichen, Alain Gillet und Georges Zeimet und natürlich danke ich Serge Conrad und Pit Bouché, Mitarbeiter des CSV-Generalsekretariates, welche dem CSG Radaktionskomitee immer zur Seite standen.

Die CSG wünscht allen in der CSV eine glückliche Hand und viel Erfolg am 8. Oktober 2017.

CLAUDE CLEMES
CSG-Präsident

DIE GEMEINDE: DER MENSCH IM MITTELPUNKT

Unsere Politik in den Gemeinden basiert auf den Werten und Leitsätzen unseres Grundsatzprogrammes, das sich am christlichen Menschenbild orientiert: Gleichheit aller Menschen, Toleranz und Solidarität. Die CSV engagiert sich für soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Verantwortungsbewusstsein. Das Wohl der Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer politischen Anschauung oder ihres Glaubens steht im Mittelpunkt.

Unser gemeinsames Ziel sind sichere, starke und zukunftsfähige Gemeinden. Wir wollen ihnen die nötigen Mittel geben, konkret im Interesse jedes einzelnen Bürgers handeln zu können.

Die Gemeinde – Basisdemokratie im Sinne des Bürgers

Nur die kommunale Autonomie bietet die Voraussetzung für eine starke kommunale Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Nur sie ermöglicht es einer Gemeinde sich frei zu entwickeln. Es gilt deshalb die kommunale Autonomie zu schützen.

Das Subsidiaritätsprinzip mit Eigenverantwortung für Gemeinden, nah an den Bürgerinnen und Bürgern, spielt eine wesentliche Rolle.

Eine Gemeinde muss über die nötigen finanziellen Mitteln verfügen, damit sie den vielfältigen Herausforderungen in ihrem Zuständigkeitsbereich gerecht werden kann.

Aber auch die Gemeindepolitik soll die Bürger nicht bevormunden.

Die christlich-sozialen Gemeinderäte glauben an die Eigenverantwortung und erwarten, dass jede einzelne Familie über ihre Lebensgestaltung, z.B. die Form der Kinderbetreuung, selbst entscheiden kann. Die Gemeinden sollen die Familien in ihrer Entscheidung durch vielfältige Angebote unterstützen.

Ein funktionierendes Zusammenleben und dauerhafter Zusammenhalt gehen nur über das Miteinanderleben verschiedener Generationen, Kulturen und Nationalitäten.

Miteinander leben bedeutet auch, dass behinderte Menschen sich auf moderne und behindertengerechte öffentliche Infrastrukturen verlassen können, um ihr Leben möglichst selbstbestimmt gestalten zu können.

Die Gemeinde – eine ständige Herausforderung

Die Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen wie z.B. dem Ausbau der Kinderbetreuung, der durch den Bevölkerungszuwachs nie definitiv abgeschlossen sein wird. Auch dem Schaffen von spezifischen Angeboten, Infrastrukturen und Wohnungen für unsere älteren Mitmenschen muss eine angemessene Bedeutung zukommen.

Weitere Herausforderungen für unsere Gemeinden sind das hohe Verkehrsaufkommen, die Bebauungspolitik und natürlich die Sicherheit eines jeden Bürgers.

Die christlich-sozialen Gemeinderäte werden sich für die Interessen ihrer Gemeinde auf der Ebene der Landesplanung einsetzen. Jede Gemeinde hat ihre eigenen Bedürfnisse und Herausforderungen, denen Rechnung getragen werden muss.

Durch eine vorausschauende und nachhaltige Haushaltspolitik müssen die Gemeinden die finanziellen Voraussetzungen zur Bewältigung dieser Herausforderungen schaffen.

In diesem Zusammenhang muss und soll sich jede Gemeinde die Frage stellen, ob eine Fusion mit Nachbargemeinden für das Wohl der Bürger sinnvoll wäre.



Die Gemeinde – ein Miteinander

Die christlich-sozialen Gemeinderäte setzen sich dafür ein, dass jeder einzelner Bürger Verantwortung übernehmen kann. So müssen das Ehrenamt (Benevolat) sowie auch das Vereinsleben auf Gemeindeneiveau gefördert werden.

Die christlich-sozialen Gemeinderäte setzen sich für Bürgernähe und Dialog ein. Sie werden die Mitbestimmung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger fördern und auf Transparenz bei Entscheidungsprozessen achten.

Die christlich-sozialen Gemeinderäte werden alles daran setzen, die Flüchtlinge in ihren Gemeinden zu integrieren.

Die christlich-sozialen Gemeinderäte sind erreichbar und nehmen sich Zeit für die Bürger. Sie müssen für jeden Einzelnen zugänglich sein.

Die christlich-sozialen Gemeinderäte werden fair gegenüber der politischen Konkurrenz bleiben.

Die christlich-sozialen Gemeinderäte setzen sich für die Schwächeren in unserer Gesellschaft ein, letztere müssen in die Entscheidungsprozesse mit eingebunden werden.

Die christlich-sozialen Gemeinderäte treffen ihre Entscheidungen im Dialog mit dem Bürger.

Ziel des vorliegenden Kaderprogrammes

Die CSG möchte den CSV-Sektionen hiermit ein Arbeitsdokument zur Verfügung stellen als Denkanstoß zur Aufstellung des lokalen Wahlprogramms.

MAT DISKUTÉIEREN, MAT DECIDÉIEREN

Die CSV will die demokratischen Verfahren stärken. Die Bürger haben ein Recht, frühzeitig, regelmäßig und objektiv über die Politik informiert zu werden. Mitsprache ist erwünscht und soll gefördert werden. Auch der schnelle und unkomplizierte Zugang zu den Entscheidungsträgern muss garantiert sein. Die Arbeit in konsultativen Gemeindekommissionen muss effizient gestaltet werden.

Demokratie im Gemeinderat

- Verfügt der Gemeinderat über eine Geschäftsordnung, die allen Gemeinderäten eine gewissenhafte und faire Mitarbeit ermöglicht?
- Wird allen Gemeinderäten frühzeitig Einsicht in die Unterlagen gewährt, um sich gewissenhaft auf eine Sitzung vorbereiten zu können? Können die Unterlagen online eingesehen werden? Haben die Gemeinderäte die Möglichkeit, die Unterlagen zu kopieren?
- Werden die beratenden Kommissionen ernsthaft in die Entscheidungsfindung eingebunden?
- Können interessierte Bürger in den beratenden Kommissionen mitarbeiten, auch wenn sie keiner Partei angehören?
- Wie gut funktionieren die beratenden kommunalen Gemeindekommissionen? Gibt es vom Gemeinderat verabschiedete Richtlinien betreffend die Funktionsweisen der Kommissionen? Wie wird der Gemeinderat über die Arbeit in den Kommissionen informiert?
- Wird darauf geachtet, dass beide Geschlechter in allen Kommissionen vertreten sind? Wird die Parität zumindest angestrebt?
- Gibt es in der Gemeinde eine Kommission, die sich um Chancengerechtigkeit bemüht?
- Wird die Gleichstellung der Geschlechter offensiv in allen Bereichen der Kommunalpolitik verfolgt?

Information und Mitsprache der Bürger

- Wird die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde nicht zur Eigendarstellung der Mehrheit missbraucht? Kommt die Opposition in offiziellen Mitteilungsblättern zu Wort?
- Werden die Bürger regelmäßig über die Arbeit des Rates informiert? Werden diese Informationen in den drei Sprachen des Landes veröffentlicht?
- Haben die Bürger die Möglichkeit bei Bürgerforen Fragen an den Rat zu stellen oder Kritik anzubringen?
- Wird in Betracht gezogen, die Bürger bei der Aufstellung des kommunalen Haushalts um ihre Meinung zu fragen (Stichwort Bürgerhaushalt)?
- Nutzt die Gemeinde die sozialen Netzwerke?
- Verfügt die Gemeinde über eine Art Call-Center, um Beschwerden und Anregungen der Bürger in Sachen Sicherheit entgegen zu nehmen?
- Werden ausländische Mitbürger frühzeitig und umfassend über ihre Wahlrechte informiert?

Administrative Vereinfachung

Die Verwaltung in den Gemeinden ist für den Bürger da. Diese muss modern, schnell und bürgernah sein.

Wir wollen, dass die Gemeindeverwaltungen personell und materiell so ausgestattet sind, dass sie optimal und effizient funktionieren können. Das bedeutet auch, dass die Mitarbeiter durch eine angepasste Aus- und Fortbildung in die Lage versetzt werden, ihre Dienstleistungen ganz auf einen modernen Bürgerservice abstimmen zu können. Wir wollen mit Hilfe der Digitalisierung den Aufwand für Behördengänge reduzieren.

- Gibt es eine Anlaufstelle für die Bürger (einen „Guichet unique“, ein Bürgercenter)?
- Verfügt die Gemeinde über einen interaktiven Inter-



- netauftritt? Können administrative Schritte online erledigt werden?
- Werden kommunale Verordnungen verständlich verfasst? Werden keine unnötigen Verwaltungshürden aufgebaut?
- Sind alle kommunalen Verordnungen noch zeitgemäß?

Nachhaltige Gemeindefinanzen

Die CSV steht für eine solide, stabile und nachhaltige Finanzpolitik. Auch in den Gemeinden. Solide Haushaltssplanung ist langfristig die Grundvoraussetzung für performante Dienstleistungen und moderne Infrastrukturen für die Bürger, sowie für die politische Gestaltungsfreiheit und Investitionsmöglichkeiten in die Zukunft.

- Wird der mehrjährige Finanzplan (Plan pluriannuel financier – PPF) regelmäßig überarbeitet und auch befolgt?
- Wird bei den ordentlichen Einnahmen (ordentliches Budget) ein angemessener Überschuss erwirtschaftet?
- Ist die Höhe der Steuern angemessen? Werden Maßnahmen zur sozialen Abfederung von Steuern ergriffen?
- Wird bei den Gemeindesteuern den spezifischen Bedürfnissen von Landwirtschaft und Industrie Rechnung getragen?
- Ist die Finanzsituation der Gemeinde gesund, d.h.mäßige Verschuldung mit Schuldzinsen und jähr-

lichen Schuldentilgungsraten, die den ordentlichen Haushalt nicht zu stark belasten? Soweit die Gesamtfinanzlage der Gemeinde dies erlaubt, können kostenintensive und zukunftsorientierte Investitionen über eine Neuverschuldung ganz oder teilweise finanziert werden.

- Können größere Infrastrukturprojekte, die einen regionalen Charakter aufweisen, mit anderen Gemeinden realisiert werden?
- Werden bei Projekten alle staatlichen (und gegebenenfalls europäischen) Bezuschussungen angefragt?
- Verfügt die Gemeinde über das notwendige Gemeindepersonal, um ihren Aufgaben gerecht zu werden? Da die Ausgaben für Gehälter und Sozialleistungen der größte Posten im „ordentlichen Budget“ sind, muss darauf geachtet werden, dass dessen Gewichtung nicht überhandnimmt.
- Sind die notwendigen finanziellen Mittel vorhanden, um im Sozial- und Integrationsbereich zu handeln? Gleiches gilt ebenfalls für den Kinder-, Jugend- und Seniorenbereich.
- Verfügt die Gemeinde über die notwendigen Infrastrukturen im schulischen, sportlichen und kulturellen Bereich oder besteht hier Investitionsbedarf? Sind die Einrichtungen für Kinderbetreuung und Gemeindedienste angemessen?
- Hat die Gemeinde ein Konzept im Mobilitätsbereich? Neben Investitionen in die Straßeninfrastruktur umfasst dieses Konzept auch Fußgänger- und Fahrradwege?
- Ist das Angebot im Bereich des öffentlichen Transports ausreichend? Müssen gegebenenfalls lokalspezifische Maßnahmen auf Gemeindeebene ergriffen



- werden, die langfristig mit Kosten verbunden sind?
- Sind die Infrastrukturen für Wasserversorgung und -entsorgung sowie die Kläranlagen auf dem notwendigen Stand? Wie ist der Investitionsbedarf in den kommenden Jahren?
 - Verfügt die Gemeinde über ein Konzept im Energie- und Umweltbereich? Welche finanziellen Mittel sind für die Umsetzung vorgesehen?
 - Ist die Gemeinde im Wohnungsbau aktiv, verfügt sie über Sozialwohnungen?
 - Unterstützt die Gemeinde die lokalen Vereine finanziell?

GEMENGEN, FIR JONK AN AL

Die CSV will das Miteinander der Generationen in den Gemeinden stärken. Wir wollen die Gemeinden kinder- und familienfreundlich gestalten.

Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, kindgerechte Infrastrukturen zu schaffen, zur Erziehung der Kinder beizutragen und ihr Wohlergehen zu wahren.

Schulen und Bildung

- Sind alle Schulgebäude in einem guten Zustand? Ist ausreichend Schulraum vorhanden, um die pädagogischen Herausforderungen zu meistern?
- Werden schwache und begabte Schüler besonders gefördert? Gibt es ein Angebot für Nachhilfe?
- Gibt es ein Angebot für Kinder von Einwanderern? Eine besondere Sprachförderung?
- Trägt die Schulpartnerschaft Früchte? Sind Lehrer und Eltern in die Entscheidungsfindung eingebunden? Wird die Schulkommission ernst genommen?
- Verfügt die Gemeinde über eine Schulbibliothek, Mediathek?
- Gibt es einen Pedibus? Sind die Schulwege sicher? Werden Eltern ermutigt, ihre Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule zu bringen?
- Gibt es ein Schulrestaurant? Werden hier regionale, nachhaltige und faire Produkte angeboten? Wird eine gesunde Ernährung gefördert?
- Ist Gewalt im Schulhof oder unter Jugendlichen ein Problem? Wurden die Ursachen erforscht?

Kinderbetreuung

Die CSV steht für Wahlfreiheit. Die Politik hat nicht vorzuschreiben, wie die Familien zu leben haben. Dies setzt jedoch u.a. voraus, dass wir uns dafür einsetzen, dass in den Gemeinden, die Rahmenbedingungen für eine flexible Kinderbetreuung geschaffen werden, die

den vielfältigen Familienbedürfnissen gerecht wird (z.B. abgestimmte Schulzeiten und Mittagspausen, stundenweise Kinderbetreuung). So wollen wir auf Gemeindeebene den weiteren Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten gewährleisten und, im Rahmen des Möglichen, die individuellen Arbeitszeiten der Eltern berücksichtigen.

- Sind die Schulen mit dem Angebot an Kinderbetreuung vernetzt?
- Gibt es ein ausreichendes, flexibles und vielfältiges Angebot an Kinderbetreuung?
- Unterliegen die Kinderbetreuungsangebote einem pädagogischen Konzept, das gezielt die altersentsprechende Entwicklung der Kinder unterstützt und die Integration von ausländischen Kindern fördert?
- Besteht die Möglichkeit einer Waldkrippe?
- Gibt es ein Tageselternangebot?
- Gibt es Babysitterkurse?
- Sind aber auch die Öffnungszeiten der Gemeindedienste familienfreundlich?
- Hat die Gemeinde selbst Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ergriffen? Hat sie ein Audit „Beruf und Familie“ durchgeführt?

Chancengleichheit für Männer und Frauen

- Gibt es einen internen und externen Aktionsplan in der Gemeinde? (siehe „Charte européenne pour l'égalité des femmes et des hommes dans la vie locale“)
- Sind Straßennamen nach verdienstvollen Frauen benannt?

Freizeit

- Gibt es ein ausreichendes Angebot an Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche? Ist dieses Angebot



mit den Betreuungseinrichtungen und den Jugendhäusern abgestimmt?

- Gibt es in allen Vierteln moderne, sichere und kindergerechte Spielplätze? Werden die Kinder bei der Gestaltung von Spielplätzen eingebunden?
- Wird die demokratische Erziehung der Jugend gefördert? Jugendliche und Kinder sollen sich am Gemeindeleben beteiligen (Kindergemeinderat, Jugendkommunalplan).
- Werden Vereine besonders gefördert, die sich um Kinder- und Jugendarbeit kümmern? Gibt es interkulturelle Angebote?
- Gibt es in der Gemeinde ein Angebot an Musikunterricht? Gibt es in den Schulen eine musikalische Früherziehung?
- Wird die sportliche Betätigung – auch außerhalb von Vereinen – gefördert?
- Werden in den Schulferien Aktivitäten für Kinder und Jugendliche angeboten?
- Gibt es in den Sommerferien ein non-formales Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche?
- Gibt es ein Angebot für schulische Förderung (Nachhilfe)?

Eltern- und Erwachsenenbildung

Wir wollen die Erwachsenenbildung ausbauen. Die von den Vereinen angebotenen Bildungsprojekte wollen wir fördern.

- Gibt es ein Angebot an Elternbegleitung/Elternschule?

Jugend

Eine dynamische Gemeinde braucht junge Menschen, die bereit sind, das Gemeinschaftsleben aktiv mitzugestalten.

- Unterstützt die Gemeinde durch konkrete Initiativen und Maßnahmen junge Arbeitssuchende (Ausarbeitung von Lebensläufen, Praktika usw.)?
- Hat die Gemeinde ein Jugendhaus?
- Gibt es einen Jugendkommunalplan?
- Verfügt die Gemeinde über eine Jugendkommission? Wie arbeitet die Jugendkommission?
- Werden junge Menschen in die Entscheidungsfindung eingebunden?
- Gibt es einen Jugendgemeinderat?
- Werden den Jugendlichen die nötigen Räumlichkeiten entsprechend ihrer Bedürfnisse (Proberäume usw.) zur Verfügung gestellt?
- Werden gemeinnützige Initiativen Jugendlicher im Bereich des Umweltschutzes, des interkulturellen Dialogs und der Entwicklungshilfe besonders gefördert?
- Werden Vereine, die sich der Jugendarbeit widmen, unterstützt?
- Gibt es eine finanzielle Unterstützung für Schüler und Studenten (z.B. Prämien)?
- Gibt es einen Late-Night-Busdienst?



Senioren

Wir wollen Senioren motivieren sich im öffentlichen Raum zu engagieren und einzubringen.

Ältere Mitbürger haben spezifische Wünsche und Sorgen. Sie wollen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben und wohnen können, sie wollen sich in der Gesellschaft für andere engagieren, sich weiterbilden, kulturell und sportlich betätigen.

Wir wollen diesen Anliegen Rechnung tragen. Durch den Bau von Seniorenwohnungen inmitten der Wohnquartiere, durch die Verbesserung und den Ausbau der Dienstleistungssysteme soll ermöglicht werden, dass ältere Menschen in ihren gewohnten Lebensräumen integriert bleiben.

- Was tut die Gemeinde, um dem demografischen Wandel gerecht zu werden?
- Gibt es ein Angebot an Weiterbildungs- und Freizeitmöglichkeiten für Senioren (Club Senior)?
- Besteht die Möglichkeit Senioren an der Kinderbetreuung oder anderen sozialen Einrichtungen zu beteiligen?
- Gibt es Pflege- und Altersheime in der Nähe? Werden diese am sozialen Leben der Gemeinde beteiligt?
- Fördert die Gemeinde Mehrgenerationen-Viertel?
- Unterstützt die Gemeinde betreutes Wohnen?
- Gibt es in der Gemeinde einen Dienst / ein Angebot an Nachbarschaftshilfe? Wird eine Beschäftigungsinitiative mit einem solchen Dienst betraut?

- Gibt es ein Angebot von „Essen auf Rädern“ und einen Notdienst für Senioren?
- Gibt es einen Flexibus/Rufbus oder Seniorenbus, der regional/gemeindeübergreifend funktioniert?
- Sind die Infrastrukturen der Gemeinde seniorenfreundlich? Werden die Bedürfnisse von Senioren bei der Planung von neuen Infrastrukturen berücksichtigt?
- Wie ist die aktuelle Situation von Menschen mit reduzierter Mobilität in der Gemeinde?
- Welche Dienste werden pflegebedürftigen Menschen angeboten?

SÉCHER GEMENGEN A STAARK RETTUNGSDÉNGSCHTER

Die CSV setzt sich für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung in den Gemeinden ein.

Polizei

Die in der Polizeireform angedachte Fusion von lokalen Polizeikommissariaten darf nicht zu einer verminderten Polizeipräsenz führen und sich negativ auf das Sicherheitsempfinden der Bürger auswirken. Polizeikräfte vor Ort sind unerlässlich für das Wohlbefinden der Bürger und wirken präventiv gegen Gesetzesüberschreitungen.

- Ist die Gemeinde durch eine Abschaffung des „Commissariat de proximité“ betroffen? Ist die Sicherheit in der Gemeinde nach der Abschaffung noch ausreichend gewährleistet?
- Wie steht es mit den Gefahrenpotenzialen in der Gemeinde? Gibt es besondere Brennpunkte? Ist die Präsenz von Ordnungshütern ausreichend? Ist auch nach der Fusion ein regelmäßiges Auftreten der Polizei in den Gefahrenzonen noch gewährleistet?
- Ist eine Kameraüberwachung bspw. an Orten von regelmäßigem Vandalismus und Vergehen gegen Gesetzschriften vonnöten?
- Wie kann man das Sicherheitsgefühl der Bürger wahren und wie sieht es mit der „insécurité perçue“ in der Gemeinde aus?
- Ist ein Polizeireglement, welches die Geborgenheit der Bürger sicherstellt, in der Gemeinde vorhanden? Ist dieses Reglement noch zeitgemäß und wird es ausreichend durchgesetzt bzw. kontrolliert?
- Wie steht die Gemeinde zu den „Agents municipaux“?
- Wie steht es mit der Zusammenarbeit zwischen den „Agents municipaux“ und der Polizei?
- Haben die „Agents municipaux“ Befugnisse, was das Einhalten des Polizeireglements anbelangt?
- Wie steht die Gemeinde zur Überlegung, die durch das Gesetz bereits vorgesehenen Bannhüter („garde champêtre“) wieder einzuführen? Dieser könnte auf Ge-

meindeniveau den Respekt des Polizeireglements überprüfen bzw. durchsetzen und auch Ansprechpartner für die Vergehen in Umweltangelegenheiten sein.

Verkehrssicherheit

- Verfügt die Gemeinde über sichere, saubere und gut beleuchtete Wegenetze?
- Sind die Fußgängerübergänge beleuchtet? Verfügt die Gemeinde über behindertengerechte Bodenbeläge auf den Fußgängerübergängen?
- Sind die Schulwege sicher?
- Gilt in den Wohnvierteln und vor den Schulgebäuden Tempo 30?
- Halten sich die Autofahrer an die Verkehrsvorschriften? Ist der Schilderwald übersichtlich?
- Verfügt die Gemeinde über ein sicheres Radwegenetz?

Rettungsdienste

Für die Sicherheit unserer Bürger brauchen wir effiziente Rettungsdienste. Die anstehende Reform des Rettungsdienstes ist daher von überragender Bedeutung.

Ohne die ehrenamtlich Tätigen in Feuerwehr und Rettungsdienst ist aber auch in Zukunft ein flächendeckender Brandschutz und Rettungsdienst in Luxemburg nicht möglich. So wird das Rettungswesen weiterhin nicht ausschließlich mit professionellen Rettungskräften funktionieren können. Es wird nur vereinzelte Stützpunkte im Land geben, die neben den freiwilligen Helfern ebenfalls professionelle Rettungskräfte beherbergen (Zentren der Kategorie 3).

- Welche Auswirkungen wird die Reform auf die lokal ansässige Feuerwehr haben? Wie steht die Feuerwehr bzw. der Rettungsdienst, welche augenblicklich die Gemeinde bedienen, zu dieser Reform?
- Wird in der Gemeinde voraussichtlich das Ziel der Re-



form erreicht, dass die Rettungsdienste innerhalb von 15 Minuten vor Ort sind?

- Welche Art von Einsatzcenter ist für die Gemeinde bei der Reform vorgesehen (Kategorie 1, Kategorie 2 oder Kategorie 3)?
- Werden die bestehenden Infrastrukturen den Anforderungen gerecht?
- Haben die Rettungsdienste genügend Freiwillige? Wird das Ehrenamt gewürdigt und gefördert?
- Kann das Gemeindepersonal bei Einsätzen der Feuerwehr oder des Rettungsdienstes mitfahren? Ist es entsprechend geschult?
- Sind die Bedürfnisse des lokalen Einsatzcenters ein Kriterium bei der Einstellungspolitik der Gemeinden?
- Wie kann die Gemeinde gezielt die Nachwuchsarbeit fördern?
- Sind die Rettungsdienste dem Gefahrenpotenzial der Gemeinde entsprechend ausgebildet und ausgerüstet?
- Verfügt die Gemeinde in ihren Ortschaften über einen sogenannten „First Responder“-Dienst?
- Wird bei der Ausstattung der Rettungsdienste regional zusammengearbeitet?
- Sind Fusionen mit anderen Feuerwehren möglich und erwünscht? Die Gemeindeverantwortlichen ebenso wie die Aktiven müssen den Sinn der Fusion erkennen.

Gesundheit

Die Gemeinde hat im Bereich der Präventivmedizin eine unterstützende Funktion zu erfüllen. Wir sind bemüht, den Ausbau von Einrichtungen zu fördern, die den Bürgern die ambulanten Dienste der Krankenpflege sowie der Haus- und Familienpflege zur Verfügung stellen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die kommunalen Beratungsdienste im Bereich des Gesundheitswesens (Drogen und Aids) und des Umweltschutzes (Chemikalien im Haushalt, Energie- und Umweltbüro) ausgebaut werden.

- Wie steht es um die ärztliche Versorgung? Gibt es genügend Allgemeinmediziner zur Absicherung der Grundversorgung?
- Was tut die Gemeinde in Sachen Vorsorge und Beratung?
- Wie ist der Apothekerdienst organisiert?
- Ist die Gemeinde mit öffentlich zugänglichen Defibrillatoren ausgestattet? Sind diese deutlich ausgeschildert?
- Bietet die Gemeinde Schulungen zum Umgang mit Defibrillatoren an?
- Werden Erste-Hilfe-Kurse angeboten?
- Gibt es eine Beteiligung der Gemeindeverwaltung (auch als Arbeitgeber) am nationalen Suizid-Präventionsplan und am Welttag der Suizidprävention (10. September)?
- Gibt es eine proaktive Beteiligung der Gemeinde am „Plan canicule“ (z.B. durch Aufstellen von Listen von potentiell betroffenen alleinstehenden Senioren)?
- Ist eine gesunde Ernährung mit regionalen Produkten in kommunal geführten Einrichtungen vorgesehen?

GEMENGEN, DÉI D'MËNSCHE BEIENEE BRÉNGEN

Die gesellschaftliche Integration aller Menschen muss im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Integration bedeutet nicht nur Integration von Migranten und Asylbewerbern, sondern auch von sozialschwächeren und behinderten Mitbürgern.

Soziale Fragen

Gegenüber den Mitbürgern hat die Gemeinde eine soziale Verantwortung zu übernehmen. Dies betrifft vor allem auch ein aktives Engagement im Bereich der Arbeitsloseninitiativen.

- Welche sozialen Fragen stellen sich in der Gemeinde?
- Bemüht sich die Gemeinde um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen?
- Wird das „Office social“ sehr in Anspruch genommen? Verfügt es über angemessene Räumlichkeiten und ausreichend Mitarbeiter?
- Kann die Gemeinde über das „Office social“ hinaus eine Hilfestellung bieten?
- Kann die Gemeinde die Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Sozialinstitutionen und Wohlfahrtsverbänden fördern?
- Unterstützt die Gemeinde sozialen Wohnungsbau und soziale Mietwohnungen?
- Sind Steuern und Abgaben sozial vertretbar? Stehen sie in einem vernünftigen Preis/Leistungsverhältnis? Besteht die Notwendigkeit, verschiedene Abgaben sozial abzufedern?

Gelebte Integration

Die gesellschaftliche Integration aller Menschen muss im Mittelpunkt unserer Politik stehen.

- Wird Sorge getragen, dass alle Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben teilhaben können und wird bei allen Planungen auf Barrierefreiheit geachtet („Design for all“)? Gibt es einen diesbezüglichen kommunalen Aktionsplan?

- Sind die Infrastrukturen der Gemeinde bspw. senioren- bzw. behindertengerecht? Wie ist die aktuelle Situation von Menschen mit Behinderung oder mit reduzierter Mobilität in der Gemeinde?
- Was geschieht, um Menschen mit Behinderung ins kommunale Geschehen einzubinden?
- Werden Themenabende und Kulturveranstaltungen in unserer Gemeinde organisiert, die sich an alle Bürger richten?
- Werden solche Veranstaltungen in den drei Sprachen des Landes organisiert?
- Werden neue Mitbürger in unseren Gemeinden im Rahmen eines Festakts offiziell aufgenommen?
- Besteht in unserer Gemeinde eine Internetseite, um unsere Mitbürger mehrsprachig über das Leben in unseren Ortschaften zu unterrichten?
- Besteht in der Gemeinde das Angebot eines „parrainage linguistique“ (Sprachpatenschaft)?

Eine geordnete Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Die CSV ist für die Aufnahme von Menschen, die aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen aus ihrem Heimatland flüchten mussten. Sie setzt sich für die geordnete Aufnahme dieser Menschen ein und wirbt dafür bei den Bürgern um Akzeptanz.

Ohne den Einsatz vieler freiwilliger Helfer ist die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen nicht zu bewältigen.

- Fördert und unterstützt die Gemeinde angemessen das ehrenamtliche Engagement bei der Begleitung und Betreuung von Flüchtlingen?

Die CSV unterstützt alle Integrationsbemühungen wie Sprachkurse (insbesondere auch luxemburgische Sprachkurse). Das besondere Augenmerk gilt der schulischen Integration der Kinder.



Asylbewerber („Demandeurs de protection internationale“)

- Hat die Gemeinde Asylbewerber aufgenommen?
- Verfügt die Gemeinde über geeignete Infrastrukturen für eine vorübergehende Aufnahme von Asylbewerbern?
- Sind die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde ausreichend informiert und eingebunden?
- Verfügt die Gemeinde über die nötigen Ressourcen für eine angemessene Begleitung?
- Besteht die Möglichkeit, den Asylbewerbern sinnvolle Aktivitäten anzubieten?
- Verfügt die Gemeinde über die nötigen Schulinfrastrukturen, um die Kinder optimal einzuschulen?
- Werden die Asylbewerber ins Gemeinde- und Vereinsleben eingebunden?
- Werden Sprachkurse und insbesondere luxemburgische Sprachkurse angeboten?

- Werden Sprachkurse und insbesondere luxemburgische Sprachkurse angeboten?
- Verfügt die Gemeinde über erschwinglichen Wohnraum?
In diesem Zusammenhang ist es jedoch sehr wichtig, darauf zu achten, dass sozial schwache Mitbürger nicht benachteiligt werden.

Ausländische Mitbürger mit einer Aufenthaltsgenehmigung („Bénéficiaires de protection internationale“)

- Wie können wir diese Mitbürger unterstützen und ermutigen, sich in unsere Gesellschaft weiter zu integrieren?
- Hat die Gemeinde einen Aktionsplan für Integration?
- Bekommen sie die nötigen Erklärungen und Ermutigungen, um sich den lokalen Vereinen anzuschließen?

LIEWEG GEMENGEN

Die CSV will das Miteinander stärken und die aktive Teilnahme von möglichst vielen Bürgern am kulturellen Leben und in den Vereinen fördern. Das Angebot an Freizeitaktivitäten, in Kultur und Sport soll so gestaltet sein, dass jeder etwas findet, das ihm erlaubt, am Leben in der Gemeinde teilzunehmen.

Das Ehrenamt und die Vereine stärken

Die CSV setzt sich für die Förderung des Ehrenamts und die Stärkung des Vereinslebens ein.

- Haben die Vereine einen Ansprechpartner?
- Werden die Vereine fair, transparent und nachvollziehbar unterstützt?
- Werden die Bemühungen von Vereinen in der Jugendarbeit, bei der Integration von ausländischen Mitbürgern usw. besonders gewürdigt?
- Schenkt die Gemeinde den ehrenamtlich Tätigen eine besondere Aufmerksamkeit?
- Bietet die Gemeinde Vergünstigungen für ehrenamtlich Tätige an?
- Können die Vereine bei der Organisation ihrer Veranstaltungen auf die Unterstützung der Gemeinde zählen?
- Verfügen alle Vereine über angemessene Räumlichkeiten, um ihrem Zweck nachgehen zu können? Werden alle Vereine gleich bzw. gerecht behandelt?
- Wie steht es um die Begegnungsstätten innerhalb der Gemeinden?

Kultur- und Sportveranstaltungen

Sport, kulturelle Aktivitäten und das kulturelle Angebot in den Gemeinden leisten einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität und fördern das gesellschaftliche Zusammenleben. Sie stärken die Integration und die Persönlichkeitsbildung. Die CSV unterstützt ein vielfältiges Sports- und kulturelles Angebot und sorgt für geeignete Infrastrukturen.

- Verfügt die Gemeinde über adäquate Sports- und Kulturinfrastrukturen?

- Organisiert die Gemeinde eigene kulturelle oder sportliche Veranstaltungen?
- Werden die Vereine an diesen Veranstaltungen beteiligt?
- Stehen Aufwand und Kosten in einem vertretbaren Verhältnis zum Interesse der Einwohner?
- Sucht die Gemeinde eine regionale Zusammenarbeit bei kulturellen und sportlichen Veranstaltungen?
- Hat die Gemeinde eine europäische oder internationale Partnergemeinde? Werden diese Kontakte gepflegt und Veranstaltungen organisiert?

Miteinander der Religionen

Wir wollen ein Miteinander der Religionen. Die Gemeinde soll religiöse Gebäude in ihren Ortschaften unterhalten können. Eine Unterstützung der Religionsgemeinschaften soll weiter gewährleistet sein.

- Wie viele Kirchen benötigt die Gemeinde, um den pastoralen Dienst in den Ortschaften zu gewährleisten?
- Welchem Zweck sollen die ihrer Bestimmung entbundenen Kirchen in Zukunft zugeordnet werden?
- Wie kann die Gemeinde zukünftig die Religionsgemeinschaften, ähnlich wie andere kulturelle und gemeinnützige Vereinigungen, unterstützen?
- Wie kann die Gemeinde den Religionsgemeinschaften entgegenkommen, um einen Religionsunterricht auf freiwilliger Basis außerhalb der Schulstunden anbieten zu können?

Tourismus und Freizeit

Die CSV will die Möglichkeiten für eine aktive und abwechslungsreiche Freizeitgestaltung ausbauen. Ein vielfältiges Angebot soll Touristen und Einheimische zum Besuch und Aufenthalt motivieren.

Die CSV will eine bessere Koordination im Tourismusbereich und sich besonders dafür einsetzen, dass gemeindeübergreifend zusammengearbeitet wird.



Die Attraktivität der ländlichen Gemeinden hängt von einem intakten Landschaftsbild ab.

- Verfügt die Gemeinde über touristische Attraktionen?
Können diese vernetzt werden?
- Gibt es ein Angebot an sanftem Tourismus?
- Gibt es ausreichend Wander- und Spazierwege?
- Bestehen die Voraussetzungen für eine aktive Freizeitgestaltung (Trimm-Dich-Pfade in öffentlichen Grünanlagen)?
- Wird in der Gemeinde ein Late-Night-Busdienst angeboten?



GEMENGEN, ZOUVERLÄSSEG PARTNER FIR EIS EKONOMIE

Die CSV will eine Kommunalpolitik gestalten, die auf die Interessen der Unternehmen und besonders der lokalen Betriebe achtet. Lokale Betriebe und Selbstständige schaffen wohnortnahe Arbeitsplätze und stärken die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde.

- Gibt es Einkaufsmöglichkeiten in der Gemeinde? Ist die Nahversorgung mit den Gebrauchsgütern des täglichen Bedarfs gewährleistet? Verfügt die Gemeinde noch über einen Bäcker, einen Metzger, eine Apotheke usw.?
- Wird der lokale Handel von der Gemeinde unterstützt?
- Sind die Einwohner auf ein Auto angewiesen, um sich zu versorgen? Ist ausreichend Parkraum vorhanden?
- Gibt es eine gute Anbindung an den öffentlichen Transport? Gibt es einen Rufbus oder Flexibus?
- Sind die Gehwege ins Nahversorgungszentrum optimal und auch miteinander verbunden?
- Sind die lokalen Handelsbetriebe mit dem Fahrrad gut erreichbar? Besteht die nötige Infrastruktur, um das Einkaufen mit dem Fahrrad zu erleichtern?
- Sind kleinere Gewerbeflächen mit guten Verkehrsan schlüssen für das Handwerk vorhanden?
- Sind die kommunalpolitischen Akteure und insbesondere der Schöffenrat Ansprechpartner für die lokalen Unternehmer?

- Werden ortsansässige Unternehmen in die Planung diverser kommunaler Entscheidungen, die Handel und Gewerbe direkt und indirekt betreffen, eingebunden?
- Wird darauf geachtet den verwaltungstechnischen und bürokratischen Aufwand von Unternehmen möglichst gering zu halten?
- Haben Unternehmen, die sich in der Gemeinde niederlassen, auch ihren Firmensitz in der Gemeinde?
- Werden Betriebsgründer und Start-Up Unternehmen gezielt unterstützt?
- Verfügt die Gemeinde über Personal, welches den Start-Up Unternehmen administrativ unter die Arme greifen kann?
- Unterstützt die Gemeinde junge Unternehmer oder Unternehmerinnen beim Ansiedeln ihres Betriebs in einer Gewerbezone?
- Werden innovative Betriebe im Bereich der Kreislaufwirtschaft unterstützt?
- Sind optimale digitale Infrastrukturen verfügbar (Glasfaser, GSM 4G ...)?
- Wird die Solidarwirtschaft ausreichend gefördert („épicerie sociale“, Gemeinschaftsgärten, Bürgergemeinschaften, die dezentral in erneuerbare Energien investieren ...)?

WUNNEN AN ENGER NOHALTEGER GEMENG

Die CSV will Gemeinden mit hoher Lebensqualität für ihre Bürger. Wir wollen Gemeinden mit nachhaltiger Wohnqualität. Grundstein ist eine weitsichtige kommunale Entwicklungs- und Bebauungspolitik.

Wir wollen aber auch Sorge tragen, dass in den Gemeinden besonderer Wert auf den Klima-, Natur- und Umweltschutz gelegt wird. Die Gemeinden selbst haben hier eine Vorbild- und Vorreiterfunktion.

Die CSV fördert die interkommunale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, um die gemeinsamen Umwelt- und Klimaziele zu erreichen. Sie unterstützt das Engagement der Bürger und sieht in den lokalen Unternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben Partner für eine nachhaltige und ressourcenschonende Politik.

Wir tragen in den Gemeinden zum Schutz der Artenvielfalt bei.

Kommunale Flächennutzung und Baupolitik

Die CSV wird Urbanismus und Dorfentwicklung weit-sichtig planen. Wir werden darauf achten, dass sich die Raumplanung und die Flächennutzung optimal in die sektoriellen Leitpläne einfügen. Wir werden uns prioritär dafür einsetzen, den Flächenverbrauch zu vermindern.

- Ist ein neuer Bebauungsplan (PAG) in Ausarbeitung?
- Wird der Denkmalschutz im PAG berücksichtigt?
- Werden die Dorf- und Stadtkerne neu belebt?
- Werden die Baugenehmigungen nach nachvollziehbaren Kriterien vergeben?
- Werden die Bauvorschriften eingehalten?
- Gibt es eine Anlauf- und Beratungsstelle?
- Fördert die Gemeinde umweltschonende Bauweisen?
- Folgen die Leitlinien betreffend Flächennutzung dem übergeordneten Ziel weniger Flächen zu versiegeln, bzw. die Versiegelung rückgängig zu machen (Entsiegelung)?

Wohnen

Wir wollen eine würdige Wohnung für jede Familie, sei es im Eigenheim oder in einer Mietwohnung. Dies ist die Grundvoraussetzung für Lebensqualität.

- Unterstützt die Gemeinde subventionierten Wohnungsbau für Familien und junge Leute?
- Unterstützt die Gemeinde die Schaffung von neuen Wohnkonzepten für alle Bevölkerungsgruppen?
- Wird an die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern mit senioren- und familiengerechten Wohnungen gedacht?
- Welche Maßnahmen ergreift die Gemeinde, um es jungen Menschen und Familien zu ermöglichen, in ihrer Heimatgemeinde wohnen zu bleiben?
- Ist Wohnraum für junge Menschen verfügbar, wo sie während einer Übergangszeit für eine niedrige Miete wohnen können bis sie das Startkapital für die eigene Wohnung angespart haben?
- Arbeitet die Gemeinde mit der „Agence immobilière sociale“, bzw. sozialen Wohlfahrtsverbänden wie der Caritas zusammen, um leerstehenden Wohnraum zur Vermietung bereitzustellen?
- Kann die Gemeinde gegebenenfalls auch auf regionaler Ebene eine ähnliche Struktur schaffen, um leerstehenden Wohnraum zu mobilisieren?
- Können die beiden öffentlichen Träger für den sozialen Wohnungsbau („Fonds du Logement“ und „Société nationale d’habitations à bon marché“) Projekte in der Gemeinde verwirklichen?
- Ist die Gemeinde bereit Wohnraum für Studenten zu schaffen?
- Wird der Wohnungsbau nicht zu hoch durch Taxen belastet?

Umweltschutz: Global denken, lokal handeln

- Setzt sich die Gemeinde im Rahmen ihrer Möglichkeiten für den Erhalt der Artenvielfalt ein?

- Setzt sich die Gemeinde aktiv dafür ein, dass der Erhalt der Artenvielfalt und Wohnungsbau sich nicht gegenseitig ausschließen?
- Arbeitet die Gemeinde beim Umweltschutz mit anderen Gemeinden zusammen, im Rahmen von Gemeindegewerkschaften (z.B. SICONA, SIAS) oder Naturparks wie „Uewersauer“ und „Our“? Erfolgt gegebenenfalls eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit?
- Werden bei interkommunalen und grenzüberschreitenden Umweltschutzprojekten alle nationalen und europäischen Fördermittel genutzt?
- Sprechen sich die kommunalen Verantwortungsträger mit den lokalen Akteuren ab? Landwirte, Grund- und Waldbesitzer sowie Winzer sind Partner beim Naturschutz und dem Erhalt der Biodiversität.
- Ist gewährleistet, dass die jeweilige Umweltkommission oder „Service Ecologique“ regelmäßig zusammentrifft?
- Finden konkrete Aktionen mit den Bürgern statt, wie z.B. Pflanzaktionen am Tag des Baumes?
- Hat die Gemeinde ein Altlastenkataster erstellt? Wurden Maßnahmen zur Sanierung getroffen?
- Ist die Kommune dem Bündnis gegen genveränderte Organismen beigetreten?

- Fahrräder sicher abzustellen? Gibt es Orte, an denen bspw. die Installation von M-Boxen Sinn machen würde?
- Besteht in der Gemeinde ein Angebot an Mietfahrrädern? Wäre ein solches sinnvoll?
- Ist dieses Angebot kompatibel und/oder vernetzt mit dem Angebot der Nachbargemeinden?
- Verfügt die Gemeinde über ein Gesamtkonzept, was das Fußwegenetz angeht?
- Kann man sich in der Gemeinde sicher und bequem zu Fuß fortbewegen?
- Wie sicher sind die Schul- und Gehwege?
- Wird bei der Verkehrsplanung den Bedürfnissen von Kindern, Senioren und Behinderten sowie Menschen mit einer reduzierten Mobilität Rechnung getragen?
- Ist in der Gemeinde jährlich eine Mobilitätswoche zur Sensibilisierung der Bürger fest eingeplant?
- Wurden verkehrsberuhigende Maßnahmen ergriffen?
- Gibt es genügend öffentlichen Parkraum innerorts?
- Ist ein Park & Ride in unserer Gemeinde vorhanden oder vonnöten?
- Arbeitet die Gemeinde gegebenenfalls ein Car-Sharing Modell aus?
- Was unternimmt die Gemeinde in Sachen Elektromobilität (Ladestellen)?

Mobilität und Verkehr

Die CSV wird sich für eine Mobilität einsetzen, die den Erwartungen der Bürger und der Unternehmen gerecht wird. Wir achten auf einen gut getaktenen Öffentlichen Transport und unterstützen den Ausbau von spezifischen Angeboten wie z.B. Rufbussen.

Die CSV strebt die effiziente Verzahnung von Individualverkehr, Öffentlichem Transport und sanfter Mobilität an.

- Verfügt die Gemeinde über ein Mobilitätskonzept?
- Wird Verkehr vermieden (Stichwort: Gemeinde der kurzen Wege)?
- Wird das Verkehrssystem auf Effizienz, Nachhaltigkeit und Kostenabschätzung hin überprüft?
- Sind alle Ortschaften und Viertel der Gemeinde zufriedenstellend an die öffentlichen Verkehrsmittel angebunden?
- Wo wäre eine regionale oder interkommunale Zusammenarbeit in Mobilitätsfragen sinnvoll?
- Verfügt die Gemeinde über ein Radwegenetz? Ist dieses mit den Nachbargemeinden und dem nationalen Netz verbunden?
- Sind in der Gemeinde Möglichkeiten vorhanden, um

Öffentlicher Transport

- Ist der Takt im Öffentlichen Nahverkehr bedarfsgerecht?
- Ist das Angebot an Wochenenden und Feiertagen ausreichend?
- Besteht in der Gemeinde ein Konzept, was die Organisation des Öffentlichen Transports mit den Nachbargemeinden angeht?
- Besteht in der Gemeinde ein Rufbus oder ein Nachtangebot an den Wochenenden (Late-Night-Bus)?
- Entsprechen die Bushaltestellen modernen Ansprüchen?
- Ist das Fahrplanverzeichnis übersichtlich? Sind informatisierte Busfahrpläne vorhanden?

Energie- und Klimaschutz

Die CSV will die Voraussetzungen schaffen, dass die Gemeinden ihren wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten können. Die CSV wird alle sinnvollen Maßnahmen für Energieeffizienz und Energieeinsparung unterstützen.



Auch bei der Erzeugung und Nutzung von regenerativen Energien spielen die Gemeinden eine wichtige Rolle. Wir werden darauf achten, dass der Ausbau der regenerativen Energien im Dialog mit den Bürgern und auf der Grundlage von transparenten Entscheidungsprozeduren erfolgt.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die starke Bereitschaft von Privatpersonen und Unternehmen in Sachen Klimaschutz eigenverantwortlich zu handeln, von den Gemeinden aktiv begleitet wird.

Klimaschutz

- Ist die Gemeinde Mitglied des Klimabündnisses?
- Hat die Gemeinde sich am Klimapakt mit dem Staat beteiligt und werden die entsprechenden Maßnahmen umgesetzt?

Ökologische Energieversorgung und Energieeffizienz

- Wurde eine energetische Bestandsaufnahme der kommunalen Gebäude durchgeführt? Wurde eine Sanierung in die Wege geleitet? Wurden alle Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz getroffen?
- Wird beim Bau von neuen Infrastrukturen nachhaltigen und ökologischen Kriterien Rechnung getragen?
- Bezieht die Gemeinde ihren Strom aus erneuerbaren Energiequellen?

- Gibt es ein kommunales Förderprogramm für den Einsatz alternativer Energien?
- Besteht eine Gesellschaft in der Gemeinde, in der die Mitbürger sich beteiligen können, um erneuerbare Energieanlagen zu errichten wie z.B. auf den öffentlichen Gebäuden?
- Wird vor dem Ausbau von erneuerbaren Energien der Dialog mit den Bürgern gesucht? Sind transparente Entscheidungsprozeduren gewährleistet?
- Ist die Schaffung einer Holzhackschnitzelanlage möglich?
- Besteht die Möglichkeit ein kommunales Nahwärmenetz (z.B. auf Basis einer Holzverbrennungs-, respektive Holzvergasungsanlage und/oder einer Biogasanlage) zu errichten? Dies entweder als kommunales Projekt oder in Zusammenarbeit mit einem privaten Unternehmen, bzw. unter Beteiligung der Bürger.
- Gibt es in der Gemeinde einen Klima- und Umweltberater, der Bürger und Betriebe berät?
- Werden die Bürger beim Bau oder Sanierung einer Wohnung zu energieeffizienten Maßnahmen ermutigt und informiert?

Wald und Grünflächen

Die Gemeinden haben die Pflicht sich für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen. Der Wert von Natur- und Kulturlandschaften in einer Gemeinde ist ausschlaggebend für die Lebensqualität und Attraktivität der Gemeinde.



- Gibt es in der Gemeinde ausreichend Naherholungsgebiete?
- Was tut die Gemeinde zum Erhalt des Grüngürtels?
- Gibt es Möglichkeiten, Kleingärtenanlagen zu erhalten oder neu zu schaffen?
- Fördert die Gemeinde die Zusammenlegung und Pflege von Privatgärten zu Gemeinschaftsgärten?
- Ist der kommunale Wald zertifiziert? (FSC oder PEFC oder beide?)
- Werden kommunale Grünflächen nachhaltig angelegt und gepflegt? Werden waldarme Gebiete ökologisch aufgewertet?
- Verfügt die Gemeinde über ausreichend Kompensationsflächen?

Landwirtschaft und Weinbau

Wir brauchen Landwirte und Winzer. Die CSV wird sich in Gemeinden besonders für die Anliegen der landwirtschaftlichen Betriebe einsetzen. Wir wollen leistungsfähige Familienbetriebe erhalten und unterstützen die Landwirte und Winzer bei der lokalen Vermarktung ihrer Qualitätsprodukte.

- Fördert die Gemeinde einen konstruktiven Dialog, um etwaige Interessenkonflikte zwischen Landwirten und Bürgern abzubauen?
- Wird bei der Berechnung von Steuern und Abgaben auf die besonderen Belange der landwirtschaftlichen Betriebe geachtet?

- Werden die landwirtschaftlichen Betriebe ausreichend unterstützt, um es ihnen zu ermöglichen, Aussiedlerhöfe zu errichten?

Lärm, Luft und Licht

- Gibt es Bestimmungen über den Lärm? Eine Lärmschutzverordnung?
- Gibt die Luftqualität Anlass zur Sorge? Wurden wissenschaftliche Messungen durchgeführt?
- Wird der Lichtverschmutzung Einhalt geboten? Gibt es keine überflüssige und schlafstörende Beleuchtung?
- Gibt es Mobilfunkanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde? Werden die Strahlenschutzvorgaben beachtet?

Gewässerschutz, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Wir werden der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Der Schutz aller Gewässer, der Oberflächengewässer und des Grundwassers, steht im Mittelpunkt. Wir setzen auf den rechtzeitigen Kläranlagenausbau, effizienten Hochwasserschutz und den nachhaltigen Umgang mit Niederschlagswasser.



Gewässerschutz und Wasserqualität

- Was tut die Gemeinde, um den Vorgaben der Wasser-rahmenrichtlinie gerecht zu werden?
- Wird der Gewässerschutz beachtet? Wäre eine Renaturierung von Gewässern sinnvoll?
- Gibt es die Möglichkeit der Schaffung von Feuchtgebieten?
- Wird die Wasserqualität regelmäßig überprüft und werden die Ergebnisse veröffentlicht?

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

- Sind alle Ortschaften und Ortschaftsteile der Gemeinde an eine Kläranlage angeschlossen?
- Reichen die aktuellen Kapazitäten der Kläranlage? Wird rechtzeitig an eine Anpassung der Kapazitäten gedacht, wenn die Gemeinde sich zu einem größeren Wachstum verpflichtet hat?
- Gibt es einen mehrjährigen Investitions- und Unterhaltsplan für das Kanalnetz?
- Wird bei neuen Wohnvierteln eine getrennte Abwasserentsorgung eingeplant?
- Ist der Wasserpreis kostendeckend? Gibt es Maßnahmen zur sozialen Abfederung?
- Wurden Maßnahmen zum Wassersparen in die Wege geleitet? Gibt es entsprechende erzieherische Projekte in der „Maison Relais“?
- Ist die Kapazität der Wasserspeicher der Gemeinde

der aktuellen und besonders der zukünftigen Bevölkerung angepasst?

- Gibt es ein elektronisches Überwachungssystem des Trinkwassernetzwerkes, um Engpässe, Leckagen (undichte Stellen) usw. zu detektieren und zu melden?
- Ist die Gemeinde Mitglied in Syndikaten, die in den obengenannten Gebieten spezialisiert sind, um im Verbund die anstehenden Herausforderungen wesentlich besser und effizienter angehen zu können?

Hochwasserschutz und nachhaltiger Umgang mit Niederschlagswasser

- Wie fördert die Gemeinde die Entsiegelung, damit Niederschlagswasser ins Grundwasser absickern kann?
- Gibt es Regenauffangbecken bzw. Überlaufbecken?
- Gibt es eine Förderung von privaten Regenwasserauffanganlagen?
- Verfügt die Gemeinde über angemessene Notfallpläne bei Hochwasser und/oder Trinkwasserverschmutzung sowie den daraus resultierenden Engpässen bei der Trinkwasserversorgung?

Müllvermeidung und Müllentsorgung

Die Abfallentsorgung ist eine Kernaufgabe der Gemeinden. Der Entsorgung vorgeschaltet ist die Abfallvermeidung. Die CSV vertritt das Prinzip, dass derjenige, der weniger Abfall produziert auch weniger für die Entsorgung und Bearbeitung des Abfalls zahlen soll.

Die CSV tritt für ein effizientes Recycling ein.

- Verfügt die Gemeinde über ein Abfallkonzept? Werden die Bürger über die Abfallpolitik informiert?
- Wird getrennt entsorgt? Werden Haushaltsabfälle dem Stoffrecycling zugeführt? Werden besonders wertvolle Inhaltsstoffe wiederverwendet?
- Verfügt die Gemeinde über ein Abfallreglement?
- Ist die Gemeinde Mitglied in einem gut funktionierenden Abfallsyndikat?
- Verfügt die Gemeinde über ein bürgerfreundliches und performantes Abholssystem?
- Ist die Gemeinde an ein Recyclingzenter angeschlossen? Sind die Öffnungszeiten dem Alltag der Einwohner angepasst?
- Stehen ausreichend öffentliche Abfallbehälter zur Verfügung? Werden diese ausreichend oft geleert?
- Wird Müllvermeidung bei der Berechnung der Mülltaxe belohnt?
- Setzt die Gemeinde im Rahmen ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten das Prinzip des „Pollueur-Payeur“ um?
- Wird dem Umweltschutz bei öffentlichen Festen und Veranstaltungen Rechnung getragen?
- Wird beim Neubau von Wohneinheiten und der Erschließung von Neubaugebieten darauf geachtet, dass entsprechende Räumlichkeiten und Stellplätze vorgesehen sind, damit eine umweltbewusste Entsorgung möglich ist? Dies trifft besonders auf PAP-Verfahren und Baugenehmigungsverfahren bei Mehrfamilienhäusern zu.
- Fördert die Gemeinde das nachhaltige und ressourcenschonende Konsumverhalten der Bürgerinnen und Bürger?
- Gibt es in der Gemeinde gezielte Kampagnen, um die Bürger für die Themen Abfallvermeidung, Recycling und nachhaltiges Konsumverhalten zu sensibilisieren? Gibt es einen „Tag der offenen Tür“ in den Anlagen (z.B. Recyclingzenter)?
- Gibt es in der Gemeinde mindestens eine „Gross Botz“ pro Jahr, an der sich alle Bürger beteiligen können?

- Findet in der „Maison Relais“ eine Erziehung zu umweltbewusstem Verhalten und zur Abfallvermeidung statt?
- Gibt es Maßnahmen und Kampagnen, um dem Phänomen entgegenzuwirken, dass achtlos Müll weggeworfen wird, der öffentliche Flächen und Straßen verunreinigt (Littering)?
- Haben gegebenenfalls die „Agents municipaux“ die Befugnis, Zuwiderhandlungen im Rahmen der nationalen und kommunalen Gesetze und Reglemente zu ahnden?

Verantwortung der Gemeinde

Die Gemeinde hat beim nachhaltigen Wirtschaften, beim Umweltschutz aber auch der Kooperationshilfe eine Vorbild- und Vorreiterfunktion.

- Werden finanzielle Mittel für Kooperationshilfe zur Verfügung gestellt?
- Greift die Gemeinde auf regionale, saisonale, fair gehandelte und ökologische Produkte zurück?
- Wurden Energie- und Wassersparmaßnahmen ergriffen?
- Wird der Fuhrpark „ökologisch“ umgerüstet? Baut die Gemeinde Elektrofahrzeuge in ihren Fuhrpark ein?
- Werden umweltschonende Säuberungsmittel verwendet?
- Wird auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet?
- Wird Recyclingpapier verwendet? Wird Papier nicht verschwendet?

„E KLOERE PLANG FIR STAARK GEMENGEN“

Wir wollen allen Menschen landesweit eine hohe Lebensqualität bieten. Wir wollen ihnen Sicherheit und Hilfe im Notfall garantieren. Wir wollen gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern ein soziales, attraktives und sicheres Lebensumfeld in unseren Ortschaften schaffen.

Das setzt eine harmonische Zusammenarbeit von nationalen und lokalen Politikern voraus. Wir brauchen eine sinnvolle und klare Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden. Wir brauchen Gemeinden, die handlungsfähig sind, Gemeinden, die über die notwendigen finanziellen und personellen Mittel verfügen, um im besten Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger agieren zu können.

1. STARKE GEMEINDEN UNTERSTÜTZEN DAS FAMILIENLEBEN

Für die CSV hat die Lebensqualität der Familien und das Wohl der Kinder oberste Priorität. Jede Familie hat das Recht, ihren Lebensmodus selbst zu bestimmen. Wir stehen für Wahlfreiheit. Diese hängt für viele Eltern auch vom lokalen Angebot der Kinderbetreuung ab:

- Wir werden in den Gemeinden für den **Ausbau eines flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und flexiblen Betreuungsangebots** sorgen.
- Wir werden die **Genehmigungsverfahren und Kriterien vereinfachen** sowie die unterschiedlichen Betreuungsstrukturen aufeinander abstimmen.

2. STARKE GEMEINDEN PLANEN UND GESTALTEN MIT WEITSICHT

Eine harmonische Entwicklung des Landes setzt eine konsequente Planung voraus. Die CSV steht für eine weitsichtige Siedlungs-, Bebauungs- und Mobilitätspolitik:

- Wir setzen die **Dezentralisierung auf Basis des IVL-Konzepts** entschlossen fort. Die regionalen Zentren sollen aufgewertet werden.
- Wir halten an den vier **„Plans directeurs sectoriels primaires“** über Transport, Wohnungsbau, wirtschaftliche Aktivitätszonen und Landschaften fest. Diese sollen im Dialog mit den Gemeinden überarbeitet und schnellst möglich umgesetzt werden.
- Wir werden **die Möglichkeiten der gesetzlichen Bebauungspläne ausschöpfen** und gegebenenfalls **notwendige Anpassungen** vorschlagen.
- Wir werden sicherstellen, dass die Gemeinden das **Ansiedeln von Klein- und Mittelbetrieben** unterstützen und das lokale Handwerk fördern können.
- Wir treten ein für **eine effiziente Verzahnung von Individualverkehr, öffentlichem Transport und sanfter Mobilität**. Nationale Entscheidungen, die sich auf lokales Verkehrsaufkommen auswirken, müssen im Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinden getroffen werden.

Beim Wohnungsbau müssen Staat und Gemeinden noch enger zusammenarbeiten:

- Wir werden die Handlungsfähigkeit der nationalen und kommunalen Entscheidungsträger durch neue Strukturen wie eine **nationale Siedlungs- und Entwicklungsgesellschaft** stärken.
- Wir werden die Gemeinden verstärkt in die Schaffung von sozialen Mietwohnungen einbinden. In Zusammenarbeit und Absprache mit dem Syvicol werden wir ein **Quotenverfahren für soziale Mietwohnungen** einführen.
- Wir werden dafür sorgen, dass die Gemeinden **bei der Besteuerung von leerstehenden Wohnungen und ungenutztem Bauland** Unterstützung erhalten.

3. STARKE GEMEINDEN SORGEN FÜR EINE LEBENSWERTE UMWELT

Die CSV steht für einen verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

- **Schutz aller Gewässer**, der Oberflächengewässer und des Grundwassers, Schaffen bzw. Ausbau von Kläranlagen, sind finanziell zu unterstützen.
- Eine hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung muss landesweit gesichert sein. Wir sind für **einen harmonisierten Wasserpreis**. Langfristig streben wir einen einheitlichen, aber sozial gestaffelten Wasserpreis an.
- Die Gemeinden sind bei ihren **Bestrebungen und Maßnahmen für mehr Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Energieeinsparung** zu unterstützen.
- Wir werden **die Verarbeitung von lokalen, regionalen, biologischen und fairgehandelten Produkten** in Kantinen und Großküchen der Gemeinden fördern.

4. STARKE GEMEINDEN FÖRDERN DAS SOZIALE MITEINANDER UND HELFEN SCHUTZSUCHENDEN

In der Flüchtlingsfrage muss Luxemburg seine Verantwortung gemeinsam mit den europäischen Partnern weiter übernehmen. Die CSV setzt sich für die Unterstützung der Menschen ein, die vor Verfolgung, Krieg, Hunger und Armut, die aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen aus ihrem Heimatland fliehen. Die Bekämpfung der Fluchtursachen muss eine absolute Priorität für Luxemburg und die Europäische Union sein. Wir setzen dabei vor allem auf ein starkes Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit sowie auf die Förderung fairer Handelsbeziehungen.

Aufnahme und Betreuung der Flüchtlinge und Asylbewerber müssen aber in geordneten Bahnen verlaufen. Dies setzt eine kohärente Organisation voraus:

- Wir werden **ein Lastenheft** erstellen, in dem die Aufgaben der verschiedenen Akteure (Staat, Gemeinde, Zivilgesellschaft und Wohltätigkeitsorganisation) aufgezeichnet werden.
- Wir werden dafür sorgen, dass die Gemeinden **die nötige Hilfe und Unterstützung** bei der Unterbringung und Versorgung bekommen. Jede Gemeinde, die Flüchtlinge aufnimmt, soll eine Konvention mit dem Staat unterschreiben.

Alle Gemeinden müssen sich solidarisch an den nationalen Bemühungen bei der Aufnahme der Flüchtlinge beteiligen:

- Wir werden bei der Verteilung zwischen den Gemeinden **Quoten** einführen und diese national durchsetzen, falls die interkommunale Solidarität versagt.

Ein funktionierendes Zusammenleben bedingt **die gesellschaftliche Integration aller Bürger/innen**.

- Wir werden die Gemeinden im Bereich der **Arbeitsloseninitiativen** sowie gezielt bei lokalen Projekten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unterstützen.

Die lokalen Vereine wie auch die Glaubensgemeinschaften leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Miteinander und haben ihren Platz im Gemeindeleben.

- Wir sprechen uns dafür aus, dass es zukünftig pro Gemeinde eine Kirchenfabrik geben soll. Im Sinne der kommunalen Autonomie soll jede Gemeinde selbst entscheiden, ob sie sich an der Erhaltung der Kirchengebäude finanziell beteiligt. Wir unterstützen **die Fusion der Kirchenfabriken**, die ihre Rechtspersönlichkeit behalten. Gleichzeitig soll im Rahmen dieser Reform ein Kirchenfonds geschaffen werden.
- Wir werden **klare Richtlinien** für die Finanzierung von kulturellen und sportlichen Infrastrukturen vorschlagen.

Der Platz der jungen Menschen in den Gemeinden soll gestärkt werden, damit auch ihre Bedürfnisse besser wahrgenommen werden.

- Wir werden das **Einführen eines Kinder- und Jugendrates** in allen Gemeinden fördern.
- Wir werden die Gemeinden ermutigen in regelmäßigen Abständen eine „Assise de la Jeunesse“ abzuhalten sowie **einen Jugendkommunalplan** auszuarbeiten, um konkret auf die Bedürfnisse der Jugend einzugehen. Für Gemeinden ab 10.000 Einwohner werden wir einen solchen Plan bindend machen.

5. STARKE GEMEINDEN BIETEN SICHERHEIT UND HILFE IM NOTFALL

Die medizinische Versorgung muss flächendeckend garantiert sein. Wir brauchen Rettungsdienste, die jedem, der sich in einer Notlage befindet, schnell und kompetent helfen können. Die CSV steht deshalb **einer Reform der Rettungsdienste** prinzipiell positiv gegenüber:

- Wir werden im Parlament weiter auf **die Unzulänglichkeiten des Reformprojekts** hinweisen und notwendige Verbesserungen vorschlagen.
- Wir werden **die Umsetzung der Reform** genau überprüfen und gegebenenfalls notwendigen Anpassungen formulieren.
- Wir werden die **Professionalisierung der Rettungsdienste** bei gleichzeitiger **Förderung des Ehrenamtes** vorantreiben.

Auch die Polizei muss den neuen Herausforderungen gerecht werden:

- Wir begrüßen prinzipiell **eine Reform der Polizei**. Die Schließung einiger Kommissariate sehen wir aber skeptisch. Die „**Police d'intervention**“ darf nicht gegen die „**Police de proximité**“ ausgespielt werden. Beide haben ihre Daseinsberechtigung.
- Wir fordern die Einführung des **Platzverweises**. Eine Person soll vorübergehend von einem Ort verwiesen oder ihr soll vorübergehend das Betreten eines Ortes verboten werden können. Die sozialen Auffangstrukturen müssen zugleich verstärkt werden, um gegebenenfalls die notwendige Fürsorge von Hilfsbedürftigen zu ermöglichen.
- Wir werden ein **generelles, landesweites Vermummungsverbot** einführen, anstatt dies den Gemeinden zu überlassen.
- Wir treten für **ein Statut aller Gemeindeagenten** ein.

Sie sollen für Ordnungswidrigkeiten, bei denen administrativen Strafen verhängt werden, zuständig sein.

6. STARKE GEMEINDEN SIND HANDLUNGSFÄHIG

Manche Gemeinden stoßen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben an ihre Leistungsgrenzen. Budgetäre Mittel, Infrastrukturen, Personal, administratives und technisches Know-how müssen den erforderlichen, angemessenen Dienstleistungen angepasst sein.

- Wir werden **die Landkarte der Gemeinden neu gestalten**. Die Notwendigkeit von Gemeindefusionen muss den Bürgern im Rahmen einer Informationskampagne vermittelt werden, welche vom Innenministerium koordiniert werden soll. Diese ist **mit den Verantwortlichen der visierten Gemeinden** abzustimmen. Fusionen sollen auf Grund klarer Kriterien und mittels angemessener administrativer und finanzieller Unterstützung staatlicherseits gefördert werden.
- Wir werden **die Finanzierungsfragen** auf Basis der Territorialreform neu regeln. Für die CSV bilden die Reformen der Gemeindefinanzen und der territorialen Neuordnung ein Ganzes. Die IVL-Karte von 2004 muss überdacht werden und für die Gewichtung bei der Gemeindefinanzierung ausschlaggebend sein.

Die Gemeinden brauchen finanzielle Planungssicherheit.

- Die **staatlichen Beihilfen** sind transparent und regional ausgewogen zu gestalten.
- Wir werden eine robustere Absicherung der Einnahmen des kommunalen Sektors durch die **Koppelung an die Staatseinnahmen** erreichen.
- Die **Grundsteuer** muss einer vernünftigen Anpassung unterzogen werden.

Eine territoriale Neuordnung ermöglicht des Weiteren eine Reform der politischen Institutionen, die auf verschiedenen zusammenhängenden Elementen beruhen soll:

- Wir werden **das Bürgermeisteramt in ein hauptberufliches Amt umwandeln**. Das Statut des Bürgermeisters wird bei einer Reduzierung der Anzahl der Gemeinden gestärkt.

- Wir werden zugleich dafür eintreten, dass bestimmte nationale und kommunale Mandate **nicht** länger **miteinander vereinbar** sind.
- Wir werden **eine neue Vertretung der gewählten Gemeindeverantwortlichen** schaffen.
- Wir werden **die politische Freistellung** („congé politique“) der Gemeindevertreter ausweiten.
- Wir werden **eine Schulung für neugewählte Gemeindevertreter** über relevante Gesetzestexte und Prozeduren anbieten, damit sie ihre Funktion als öffentliches Aktion- und Kontrollorgan im Interesse der Bürger pflichtbewusst ausüben können.

Durch den digitalen Aufschwung stehen die Gemeinden heute vor neuen Möglichkeiten. Die CSV setzt sich für eine vereinfachte, direkte und effiziente Kommunikation sowie das verstärkte Einbinden der Bürger ein.

*Angenommen vom Nationalkongress am 25. März 2017
in Ettelbrück*

LIEBE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN,



Sie treten an, weil Sie in Ihrer Gemeinde Verantwortung übernehmen und sich in den nächsten sechs Jahren in den Dienst Ihrer Mitmenschen stellen wollen.

Bis zum 8. Oktober müssen Sie die Bürgerinnen und Bürger nun davon überzeugen, dass sie Ihnen und der CSV die zukünftige Gestaltung der Gemeinde (weiter) anvertrauen sollen. Dass Sie die lokalen Herausforderungen meistern und die Lebensqualität in Ihren Ortschaften verbessern

können. Dazu braucht es klare Ideen. Es braucht konkrete Vorschläge. Es braucht ein kohärentes Programm.

Die Herausforderungen und die politische Lage sind je nach Kommune sehr unterschiedlich. So konnten und wollten wir Ihnen kein fertiges Programm vorgeben. Mit dem vorliegenden Ideenkatalog, dem CSG-Rahmenprogramm, verfügen Sie aber über ein nützliches Arbeitsinstrument, um die programmatischen Diskussionen gemeinsam mit allen Parteimitgliedern vor Ort zu führen. Dabei gilt: es kann nicht ein Programm für 105 Kommunen geben, aber durchaus eine wiedererkennbare CSV-Politik in allen Gemeinden. Unsere Politik darf nicht beliebig sein, sondern aus unseren Werten und Grundsätzen leiten sich auch lokal konkrete Entscheidungen ab.

Unsere Politik muss kohärent sein. Aus diesem Grund haben wir die Kongressresolution „E kloere Plang fir staark Gemengen“ angefügt. Sie garantiert ein harmonisches Zusammenspiel von lokaler und nationaler Ebene.

Mit dem Rahmenprogramm und der Resolution haben wir Ihnen zwei Hilfsmittel und viele Denkanstöße mit auf den Weg gegeben.

Wir wünschen Ihnen beim Ausarbeiten des eigenen Wahlprogramms nun viel Schaffensfreude und Inspiration sowie viel Glück am 8. Oktober.

LAURENT ZEIMET
Generalsekretär

Impressum

CHRËSCHTLECH-SOZIAL VOLLEKSPARTEI

4, rue de l'Eau, L-1449 Luxembourg

Boîte postale 826, L-2018 Luxembourg

Tél. 22 57 31 11 - FAX 47 27 16

Email csv@csv.lu - csv.lu



KLOER, NO & GERECHT.

IDDIEN
FIR EIS
GEMENG

**KOMMUNAL
PROGRAMM
2017**